

Zeichen auf Sturm

CHINA Peking reagiert kühl auf die Provokationen des künftigen US-Präsidenten. Die Führung spielt das Szenario eines Handelskrieges durch, hofft aber, dass Donald Trumps Geschäftssinn ihn letztlich doch als Pragmatiker handeln lässt

Anfangs hat Peking noch betont, gelassen auf die Wahl Donald Trumps zum Nachfolger von US-Präsident Barack Obama reagiert. Trump hatte im Wahlkampf mit hohen Einfuhrzöllen oder dem Ausstieg aus dem Klima-Abkommen von Paris gedroht, das Chinas Präsident Xi Jinping und Obama maßgeblich mit ausgehandelt haben. Trump kündigte außerdem an, China spätestens am 100. Tag seiner Amtszeit als Währungsmanipulator brandmarken zu lassen, der seine Währung künstlich niedrig halte. Dieses Etikett würde die USA zu Strafzöllen berechtigen. Peking blieb auch angesichts dieser Äußerungen noch gelassen. Präsident Xi Jinping gratulierte Trump zum Wahlsieg und betonte dabei: „Kooperation ist das einzig Richtige für die USA und China“.

Doch dann telefonierte Trump Anfang Dezember mit Taiwans Präsidentin Tsai Ingwen. Und legte damit den Finger in Chinas tiefste Wunde. Seit sich die Insel im Bürgerkrieg 1949 abspaltete, wird sie von der Volksrepublik als abtrünnige Provinz angesehen. China trotz allen Partnern ein Bekenntnis zum Ein-China-Prinzip ab, wonach es nur ein China gibt, zu dem auch Taiwan gehöre. Niemand darf aus Sicht Pekings die de-facto unabhängige, demokratisch regierte Insel wie einen Staat behandeln; das Prinzip gehört zu den Grundfesten des chinesischen Staatsverständnisses. Doch Trump sagte im US-Fernsehen, er fühle sich keineswegs an die Ein-China-Politik gebunden – „es sei denn, wir verbinden dies mit einem Deal auf einem anderen Gebiet wie dem Handel“. Damit erklärte der künftige Präsident das Prinzip – wie so viele internationale Verträge – mal eben zur Verhandlungsmasse.

Spannungen Seit die USA und China vor 37 Jahren diplomatische Beziehungen aufgenommen, war das Verhältnis zwischen ihnen stets von gewisser Spannung geprägt. Man kooperierte, war aber nie eng befreundet. Doch bisher rüttelte keine Seite leicht an den Grundfesten dieser Beziehungen. Wie ernst Trump seine Aussagen zu Taiwan gemeint hat, ist unklar – wie so oft. Und so reagierte China vorerst kühl, aber kontrolliert. „Die Anerkennung des Ein-China-Prinzips ist das politische Fundament der Entwicklung der US-China-Beziehungen“, betonte Chinas Außenamtssprecher Geng Shuang. Werde dieses in Frage gestellt, seien „stetiges Wachstum der US-China-Beziehungen sowie die bilaterale Kooperation bei Schlüsselthemen unmöglich“. Wer Chinas Kern-Interessen schade, „schieße sich selbst in den Fuß“, warnte Außenminister Wang Yi. China werde nie um das Ein-China-Prinzip feilschen, schrieb Wang Tao, Leiterin für Wirtschaftsforschung bei der Schweizer Bank UBS in Hongkong. „Für China gibt es kein Abwägen zwischen Handel und Taiwan.“

Damit wird China von der Unberechenbarkeit des US-Milliardärs ebenso getroffen wie Europa und der Rest der Welt. Die staatlichen Zeitungen des Landes hatten vor der Wahl für einen Sieg Trumps vorwiegend wirtschaftspolitische Konflikte vorhergesagt. Bei einer möglichen Präsidentin Hillary Clinton war man vor der Wahl von mehr geopolitischen Streitigkeiten ausgegangen – etwa im Südchinesischen Meer, das China zum Leidwesen der von den USA unterstützten Anrainerstaaten fast komplett beansprucht. Im Wahlkampf hatte Trump China vor allem im Zusammenhang mit Wirtschaftsfragen angegriffen. Die Achillesferse der USA ist das gewaltige Handelsdefizit mit China – 337 Milliarden Dollar im Jahre 2015. China habe Millionen amerikanischer Jobs gestohlen, wetteuerte Trump daher im Wahlkampf immer wieder. Diese werde er zurückholen. Er werde die Höhe von 45 Prozent auf chinesische Güter erheben.



Der künftige US-Präsident hat im Wahlkampf ein Ende des transpazifischen Handelsabkommens (TPP) gefordert. Das könnte Chinas Position sogar stärken.

© picture-alliance/Schwarzweil

Der Klimawandel sei ein von China in die Welt gesetzter „Witz“. Kurz nach der Wahl drohte die nationalistische Zeitung „Global Times“ daher den USA bereits mit Konsequenzen, sollte Trump einen Handelskrieg anzetteln: China könne Boeing-Orders durch Airbus-Bestellungen ersetzen. Die Verkäufe amerikanischer Autos und Smartphones würden leiden, Importe von Soja und Mais aus den USA gestoppt. Viele seien verunsichert, sagte Kenneth Jarrett, Präsident der Amerikanischen Handelskammer in Shanghai. Die Regierung könne zum Beispiel Chinas Staatsfirmen durch Druck oder Anweisungen dazu drängen, nicht mehr bei US-Firmen einzukaufen. „Jeder versucht, Pekings Stimmung einzuschätzen, und das wird auch die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen“, so Jarrett. US-Firmen werden mit neuen Investitionen vorerst zögern. Chinesische Wirtschaftsexperten hoffen derweil, dass Trumps Geschäftssinn ihn am Ende doch zum Pragmatiker werden lässt. Gemeinsame ökonomische Interessen unterliegen nicht den politischen Veränderungen in beiden Ländern, glaubt etwa Tao Wenzhao, Experte für China-USA-Beziehungen an der staatsnahen Chinese Academy of Social Sciences. Trump als smarter Geschäftsmann wisse: „Ein Handelskrieg würde beiden Seiten schaden.“

In Staatsanleihen investiert Beide Staaten sind in der Tat wirtschaftlich eng verflochten, und das wird auch die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen“, so Jarrett. US-Firmen werden mit neuen Investitionen vorerst zögern. Chinesische Wirtschaftsexperten hoffen derweil, dass Trumps Geschäftssinn ihn am Ende doch zum Pragmatiker werden lässt. Gemeinsame ökonomische Interessen unterliegen nicht den politischen Veränderungen in beiden Ländern, glaubt etwa Tao Wenzhao, Experte für China-USA-Beziehungen an der staatsnahen Chinese Academy of Social Sciences. Trump als smarter Geschäftsmann wisse: „Ein Handelskrieg würde beiden Seiten schaden.“

Beide Staaten sind in der Tat wirtschaftlich eng verflochten, und das wird auch die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen“, so Jarrett. US-Firmen werden mit neuen Investitionen vorerst zögern. Chinesische Wirtschaftsexperten hoffen derweil, dass Trumps Geschäftssinn ihn am Ende doch zum Pragmatiker werden lässt. Gemeinsame ökonomische Interessen unterliegen nicht den politischen Veränderungen in beiden Ländern, glaubt etwa Tao Wenzhao, Experte für China-USA-Beziehungen an der staatsnahen Chinese Academy of Social Sciences. Trump als smarter Geschäftsmann wisse: „Ein Handelskrieg würde beiden Seiten schaden.“

China hat ebenso wie Japan große Summen in amerikanische Staatsanleihen investiert. Ende September hielt das Land US-Schuldscheine im Wert von 1,16 Milliarden US-Dollar. Umgekehrt sind die Direktinvestitionen amerikanischer Firmen in Produktionsstätten in China nach wie vor hoch. Berechnet nach einer neuen, auf Transaktionen basierenden Datenbestandsmethode der Rhodium Group und des National Committee on US-China Relations, investierten US-Unternehmen zwischen den Jahren 1990 und 2015 rund 228 Milliarden Dollar in China. In die umgekehrte Richtung flossen immerhin 64 Milliarden US-Dollar. Dieses Geld schuf laut der Studie in den USA 100.000 Jobs, während US-Firmen in China

mehr als 1,6 Millionen Menschen beschäftigten. Eine von Trumps Ankündigungen aus dem Wahlkampf würde China derweil sogar begrüßen: Das Aus für den von Obama ausgehandelten transpazifischen Freihandelspakt TPP. Dieser umfasst viele Staaten auf beiden Seiten des Pazifik – und schließt China ausdrücklich aus. Und nicht nur das. Das Ende von TPP macht Chinas eigene Initiative in Asien für die Nachbarstaaten attraktiver: Die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), eine pan-asiatische Freihandelszone, für die China seit Jahren wirbt – auch als Gegengewicht zu TPP. Die 16 RCEP-Länder – die Mitglieder des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN, die 2012

den Anstoß zu der RCEP-Idee gaben, sowie China, Japan, Südkorea, Indien, Australien und Neuseeland – repräsentieren gemeinsam 30 Prozent des weltweiten BIP und fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Die Verhandlungen sind kompliziert; Indien etwa fürchtet ein noch größeres Handelsdefizit mit China, Japan die Öffnung seiner Agrarmärkte. Trotzdem hatte Japans Ministerpräsident Shinzo Abe kürzlich angekündigt, bei einem Scheitern von TPP den Fokus auf RCEP zu verschieben. Das Ende von TPP könnte also dazu führen, dass Asien am Ende enger zusammenrückt und sich dabei um China scharf.

Spannungen Parallel spielt die Sorge der Anrainerstaaten am Südchinesischen Meer, die USA könnten sich unter Trump aus der Region zurückziehen, China in die Hände. In dem Gewässer erheben mehrere Staaten, darunter Vietnam, Malaysia oder die Philippinen, ebenfalls Anspruch auf einzelne Inselgruppen und Riffe. Die Spannungen in der rohstoffreichen und als Handelsroute wichtigen See waren zuletzt gestiegen, nachdem China Landgewinnung auf umstrittenen Riffen vornahm. Die Philippinen verklagte Peking vor dem Internationalen Gerichtshof und bekamen Recht – was China ignorierte. In Vietnam gingen Menschen gegen China auf die Straße. Sie alle wussten Amerika auf ihrer Seite, denn die USA schickten regelmäßig Patrouillenboote. Hillary Clinton hatte China als Außenministerium offen zur Zurückhaltung gemahnt.

Trump indes hat an diesem Thema bisher keinerlei Interesse erkennen lassen. Er streifte den Konflikt allein in einem seiner typischen Tweets: „Hat China uns gefragt, ob es okay ist, seine Währung abzuwerten ...“, unsere Produkte stark zu besteuern ... oder einen massiven Militärkomplex im Südchinesischen Meer zu bauen? Ich glaube nicht!“ Der neue philippinische Präsident Rodrigo Duterte schwenkte bereits auf Chinas Linie und kündigte eine „Trennung“ von den USA in Wirtschaft und Militär an. Im Gegenzug gewährte China seinem Land Zugang zum von beiden Staaten beanspruchten, aber von China kontrollierten Scarborough Shoal, dessen Gewässer wichtige philippinische Fischereigründe sind. Laut Berichten denkt die Führung von Malaysia über einen ähnlichen Schwenk nach.

Im Wahlkampf forderte Trump zudem Japan und Südkorea auf, mehr für die Stationierung der US-Truppen auf ihrem Boden zu zahlen – und drohte indirekt mit Abzug. Zwar ist seit seinem Wahlsieg davon keine Rede mehr. Doch dürfte es China durchaus recht sein, wenn Trump den US-Alliierten in seinem Hinterhof Bedingungen stellt.

Wettrüsten In dieser von Unsicherheit geprägten Phase tut Peking gut daran, abwartend zu agieren. Die Welt schaut genau hin. Ein ernster Konflikt zwischen den beiden Giganten würde niemanden unberührt lassen. Steigen die Spannungen an der Taiwanstraße, befürchten Experten ein Wettrüsten in Ostasien. Handelskonflikte zwischen beiden Staaten könnten globale ökonomische Beben auslösen. Sollte etwa China sich entschließen, aus Protest gegen Strafzölle große Mengen seiner US-Staatsanleihen abzustoßen, wäre das nicht nur schmerzhaft für Trump, der Geld für sein Infrastrukturprogramm braucht. Wenn massenhaft US-Staatsanleihen auf den Markt geworfen werden, würden deren Kurse drastisch sinken und im Gegenzug die Renditen steigen – und damit die Zinsen in den USA. Heftige Reaktionen der Aktien- und Devisenmärkte wären wohl die Folge, mit Konsequenzen für den Welthandel. Dies würde auch China selbst schaden. Man kann nur hoffen, dass es dazu nicht kommt. *Christiane Kühl*

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus Peking.

Im Süden nichts Neues

LATEINAMERIKA Der »Hinterhof« dürfte auch in den nächsten Jahren außerhalb des Zentrums der US-Außenpolitik stehen. Das muss für Washingtons südliche Nachbarn kein Nachteil sein

Seit Jahr und Tag oszilliert die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika zwischen Interventionismus und Vernachlässigung. Bald wurde die USA mit Krieg und direkter Einflussnahme in ihrem „Hinterhof“ erfolgreich, bald war im Gegenteil Desinteresse förderlich für Washington. Nicht erst während der Präsidentschaft Barack Obamas hatte sich die Außen- und Sicherheitspolitik des Weißen Hauses auf andere Weltgegenden zu konzentrieren. Schon unter Amtsvorgänger George W. Bush musste Washington vor allem im Nahen und Mittleren Osten deutlich mehr Energie und Ressourcen einsetzen als in Lateinamerika: Die epochale Wirkung der Terroranschläge vom 11. September 2001 dauert auch anderthalb Jahrzehnte später unvermindert fort. Dazu kommen der Aufstieg Chinas, die Schulden- und Flüchtlingskrisen in Europa, die Rückkehr Russland als geostrategischer Konkurrent.

Obama versuchte zwar, sich aus dem Irak zurückzuziehen und auch das militärische En-

gagement in Afghanistan zu reduzieren. Er musste sich aber der harten Wirklichkeit in der islamisch-arabischen Welt unterwerfen: Obamas Doktrin vom „Verebben des Krieges“ blieb Wunschdenken. Auch aus der mit großem Aplomb verkündeten „Schwerpunktverlagerung nach Asien“ (Pivot to Asia) ist nicht viel geworden. Das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen Amerika und dem Pazifischen Raum steckt in den Vorverhandlungen fest.

Man muss diese – gewollte oder ungewollte – Kontinuität vor Augen haben, um eine Bilanz der Lateinamerika-Politik Obamas zu ziehen und eine Prognose für die nächsten Jahre unter Trump zu wagen. Viel spricht dafür, dass auch unter dem Republikaner Lateinamerika nicht im Mittelpunkt des außen- und sicherheitspolitischen Interesses Washington stehen wird. Das muss nicht schlecht sein für die Entwicklungen in der westlichen Hemisphäre von der wütenden Rhetorik des Wahlkämpfers Trump gegenüber Mexiko dürfte nur we-

nig übrig bleiben. Ob die ominöse Mauer am Rio Grande gebaut wird, steht dahin. Elf Millionen illegale Einwanderer – davon fast sechs Millionen Mexikaner – abzuschreiben, ist schon logistisch ein Ding der Unmöglichkeit. Im Freihandel der Nachbarstaaten werden jeden Tag Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 1,4 Milliarden Dollar ausgetauscht, und diesen für beide Seiten wirtschaftlich überlebenswichtigen Austausch wird der einstige Geschäftsmann Trump nicht einfach unterbinden. Die Zusammenarbeit im Krieg gegen die Drogenkartelle wurde in den vergangenen Jahren immer intensiver. Dieser Prozess wird unter Trump gewiss fortgesetzt.

Federtrichpolitik Den klarsten Bruch der Kontinuität in der Lateinamerika-Politik Washingtons vollzog Obama in der Kuba-Politik. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Lockerung der Sanktionen gegen Havanna wurden in ganz Lateinamerika positiv aufgenommen. Trump hatte anfangs Obamas Kuba-Politik gelobt,

vollzog kurz vor dem Wahltag vom 8. November aber eine Kehrtwende. Er werde die Annäherungspolitik beenden und umkehren, sollte das kommunistische Regime in Havanna auch weiterhin den Kubanern alle politischen Freiheiten verweigern, drohte Trump nun. Tatsächlich könnte er mit der gleichen Federtrichpolitik wie Obama sämtliche Präsidentenerlasse seines Vorgängers rückgängig machen und auch den US-Botschafter aus Havanna wieder abziehen. Trumps Kuba-Politik ist die große Unbekannte in der künftigen Lateinamerika-Politik Washingtons.

Dagegen spricht viel dafür, dass Trump das von Obama gegebene Versprechen einlösen wird, den Friedensprozess in Kolumbien mit bis zu 450 Millionen Dollar zu unterstützen. Washington spielte bei den vierjährigen Verhandlungen der Regierung in Bogotá mit der marxistischen Farc-Guerilla zwar keine Hauptrolle, unterstützte aber den Prozess, der schließlich im November 2016 zum Ende des längsten Bürgerkriegs in Lateinamerika führte.

Obamas Initiative zur Stabilisierung El Salvadors, Guatemalas und Honduras war – wie so vieles in der amerikanischen Lateinamerika-Politik – von innenpolitischen Interessen geleitet. Es galt, den Flüchtlingsstrom unbegleiteter Minderjähriger aus den Staaten des sogenannten nördlichen Dreiecks einzudämmen. Doch die reale Bedrohung durch Drogenkartelle und kriminelle Banden, vor der Kinder und Jugendliche in Massen fliehen, lässt sich nicht durch einige Diplomatenreffen und ein paar Millionen Dollar für die dortigen Sicherheitsbehörden abwehren.

Die Beziehungen zu Kuba sind die große Unbekannte in der künftigen Lateinamerika-Politik.

Im letzten Jahr seiner Amtszeit hatte Obama auch einfach nur Glück mit Lateinamerika. Es vererbte die „rote Welle“ linker Regierungen in wichtigen Staaten des Halbkontinents. In Brasilien, Argentinien und Peru kamen konservative Regierungen an die Macht, die eine Annäherung an Washington betrieben statt den schalen Antiamerikanismus der Vorgänger am Köcheln zu halten. Die erste schwere Prüfung für die neue Regierung in Washington wird Venezuela be-

reiten. Dort wird das sozialistische Regime unter Präsident Nicolás Maduro seine Macht mit allen Mitteln verteidigen und den weiteren Zerfall des einst reichen Landes mit den größten Ölreserven der Welt in Kauf nehmen. Auch in Venezuela hat Obama sein im Fall Kuba erprobtes Konzept des unerbittlichen Pragmatismus angewendet: Um der diplomatischen Begegnung „auf Augenhöhe“ willen und aus Respekt vor dem jeweiligen Regime wurden Menschenrechte und Demokratie so gut wie nicht thematisiert. Deshalb fühlen sich Dissidenten auf Kuba und Oppositionspolitiker in Venezuela von der Regierung Obama im Stich gelassen.

Trump hat versprochen, er werde zuerst und vor allem „Amerika wieder großartig machen“. Was das für die Länder Lateinamerikas und für deren gut 620 Millionen Einwohner bedeutet, kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen. Washingtons relative Vernachlässigung seiner südlichen Nachbarn in den vergangenen 15 Jahren war alles andere als eine Katastrophe für Lateinamerika. Es könnte dabei bleiben. *Matthias Rüb*

Der Autor berichtet als Lateinamerika-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aus São Paulo.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

